

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

– Drucksache 14/1200 –

Entwurf eines Gesetzes zum Rahmenabkommen vom 28. Oktober 1996 über den Handel und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits

A. Problem

Durch das Vertragsgesetz sollen die von deutscher Seite erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Rahmenabkommens geschaffen werden. Mit dem Abkommen sollen die Handelskooperation sowie die handelspolitische Zusammenarbeit mit Blick auf eine umfassende Handelsliberalisierung nach den Erfordernissen der WTO intensiviert, die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie die industrielle Kooperation ausgebaut und die Unternehmenszusammenarbeit und die Investitionsvorhaben gefördert sowie das gegenseitige Verständnis verbessert werden.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs.

Mehrheitsbeschluss

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Es entsteht kein Vollzugaufwand.

Die Bundesrepublik Deutschland ist an den Kosten der EG durch ihren Finanzierungsanteil an dem jeweiligen EG-Haushalt beteiligt

(zur Zeit ca. 30 %). Bei einer gegenseitigen Liberalisierung der Handelsbeziehungen mit der Republik Korea ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht quantifizierbar, welche Einnahmeveränderungen für die EG entstehen könnten.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme entstehen nicht.

Die beabsichtigte Liberalisierung bewirkt finanziell eine Entlastung der betroffenen Wirtschaft, die jedoch nicht quantifizierbar ist.

Auswirkungen auf die Umwelt und Auswirkungen von frauenpolitischer Bedeutung sind nicht zu erwarten.

Von der Ausführung dieses Gesetzes können sich wegen der angestrebten Erleichterungen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs positive Auswirkungen auf Einzelpreise ergeben. Ihr Ausmaß lässt sich nicht abschätzen, dürfte jedoch in Anbetracht der Gewichtung nicht zu Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, führen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 14/1200 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 27. Oktober 1999

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Friedhelm Ost
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Friedhelm Ost

I.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 14/1200 wurde in der 49. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Juni 1999 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung soll das Rahmenabkommen vom 28. Oktober 1996 über den Handel und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Korea andererseits in deutsches Recht umgesetzt werden.

Ziel des Abkommens ist es, die Handelskooperation sowie die handelspolitische Zusammenarbeit mit der Republik Korea mit Blick auf eine umfassende Handelsliberalisierung nach den Erfordernissen der WTO zu intensivieren, die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie die industrielle Ko-

operation auszubauen und die Unternehmenszusammenarbeit und die Investitionsvorhaben zu fördern.

III.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner 19. Sitzung am 27. Oktober einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 14/1200 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 23. Sitzung am 6. Oktober 1999 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 14/1200 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 27. Oktober 1999 einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 14/1200 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 26. Sitzung am 27. Oktober 1999 einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 14/1200 – zu empfehlen.

Der **Bundesrat** hat in seiner 739. Sitzung am 11. Juni 1999 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes

beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben

IV.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 17. Sitzung am 27. Oktober 1999 beraten.

Die Vertreter der Fraktion der PDS erinnerten daran, dass die Republik Korea das derzeitige Preisdumping im Schiffbau auch mit Hilfe von IWF-Mitteln durch massive Subventionen unterstütze. Dies widerspreche Punkt 8 des jetzt vorgelegten Rahmenabkommens. Im Hinblick auf die für November vorgesehene Erörterung der Problematik im EU-Ministerrat sei eine abschließende Beratung am heutigen Tag nicht sinnvoll. Von Seiten der übrigen Fraktionen im Ausschuss wurde betont, dass bezüglich dieser Problematik in der Tat Verhandlungsbedarf bestehe. Der Verhandlungsspielraum werde jedoch durch die Ratifizierung

des Abkommens nicht eingeengt. Der Vertreter der Bundesregierung machte deutlich, dass die Bundesregierung in dieser Frage bereits bei der EU-Kommission interveniert habe. Die Problematik werde im Übrigen Gegenstand der deutsch-koreanischen wirtschaftspolitischen Konsultationen am 17. und 18. November 1999 sein.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS, einen von der Fraktion der PDS gestellten Antrag auf Vertagung abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der PDS dem Deutschen Bundestag die Annahme des Gesetzentwurfs – Drucksache 14/1200 – zu empfehlen.

Berlin, den 27. Oktober 1999

Friedhelm Ost

Berichterstatler